Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode 03.06.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/7185 –

Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur

A. Problem

Die antragstellende Fraktion sieht Bedarf, personelle und strukturelle Kontinuitäten im Deutschen Bundestag zum SED-Unrechtsregime aufzuarbeiten. Hierfür soll eine wissenschaftliche Historikerkommission eingesetzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag auf Drucksache 20/7185 abzulehnen.

Berlin, den 16. Mai 2024

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Daniela Ludwig

Vorsitzende

Sonja Eichwede Berichterstatterin Patrick Schnieder Berichterstatter **Bruno Hönel**Berichterstatter

Stephan Thomae Berichterstatter

Dr. Götz Frömming Berichterstatter

Dr. Petra SitteBerichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sonja Eichwede, Patrick Schnieder, Bruno Hönel, Stephan Thomae, Dr. Götz Frömming und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7185** in seiner 108. Sitzung am 14. Juni 2023 an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Federführung und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD möchte personelle und strukturelle Kontinuitäten zwischen dem SED-Unrechtsregime und dem Deutschen Bundestag, seinen Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern aufarbeiten und dokumentieren. Die Aufarbeitung soll dabei nicht auf Kontinuitäten zur Partei Die Linke beschränkt werden, sondern auch alle anderen Parteien erfassen, die als sog. "Blockparteien" in der DDR politisch aktiv waren.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Antrag auf Drucksache 20/7185 in seiner 56. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat in seiner 31. Sitzung in Geschäftsordnungsangelegenheiten am 16. Mai 2024 abschließend über die Vorlage beraten.

Die Fraktion der AfD führt aus, dass viele Landesparlamente und große Unternehmen sowohl ihre NS- als auch ihre SED-Vergangenheit mit wissenschaftlichen Historikerkommissionen aufgearbeitet hätten. Der Deutsche Bundestag habe demgegenüber nur in den 1990er Jahren zwei Enquête-Kommissionen eingesetzt. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung von Kontinuitäten der SED-Diktatur im Deutschen Bundestag sei bis heute nicht erfolgt. Dabei solle der Fokus nicht isoliert auf die Partei Die Linke gelegt werden. Denn andere Parteien, auch die AfD, würden ebenfalls Personen in ihren Reihen haben, die in der DDR Verantwortung getragen hätten. In einer der beiden Enquête-Kommissionen in den 1990er-Jahren habe es ein Sondervotum der Fraktionen SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN für eine Aufarbeitung der Kontinuitäten in der CDU/CSU gegeben. Leider sei dieses Sondervotum bisher nicht umgesetzt worden. Auch gegenwärtig existierende Organisationen würden sich nicht mit dem Schwerpunkt des Antrages, den Kontinuitäten im Deutschen Bundestag, befassen.

Die **Fraktion der FDP** erwidert, dass als Folge der beiden erwähnten Enquête-Kommissionen die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingerichtet worden sei, die weiterhin existiere. Ebenso gebe es das Amt der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, in das Evelyn Zupke gewählt sei. Es würden somit gegenwärtig zwei Einrichtungen existieren, die sich mit der Aufarbeitung und den Folgen der SED-Diktatur befassten. Die Einrichtung einer weiteren Kommission sei daher überflüssig.

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/7185 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 16. Mai 2024

Sonja Eichwede Berichterstatterin Patrick Schnieder Berichterstatter **Bruno Hönel**Berichterstatter

Stephan Thomae Berichterstatter

Dr. Götz Frömming Berichterstatter

Dr. Petra SitteBerichterstatterin